

# Antrag 0.2/200: Keine Denunziationsportale in Deutschland

Antragsteller/in:	BV Oberpfalz
Status:	zugelassen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Covid-19-Pandemie ist eine der schlimmsten Krisen, die das Nachkriegsdeutschland erlebt hat. Jeder Bürger ist verantwortlich für den eigenen Schutz vor dieser Krankheit als auch für den Schutz anderer durch beispielsweise Masketrägen oder Abstandhalten. Für die Verfolgung von Verstößen gegen staatliche Anordnungen sind die Organe der Exekutive zuständig.
- 6 Zuletzt ging in Essen eine Plattform an Netz, in der Verstöße gegen aktuelle Maßnahmen online gemeldet werden können, auch anonym. Fotodokumentationen sind zulässig. Anonyme Denunziation, üble Nachrede und Verleumdung sowie Verstöße gegen Persönlichkeitsrechte werden somit gefördert, Blockwärmentalitäten hofiert und die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben.
- 11 Die bayerischen Stadt- und Kreisräte, die bayerischen Bezirksräte, die Fraktion der Freien Demokraten im bayerischen Landtag und die Fraktion der Freien Demokraten im Bundestag werden aufgefordert, sich proaktiv, nachdrücklich, gegen derartige Denunziationsportale auszusprechen.

## Begründung

erfolgt mündlich...